

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 13 (1972)
Heft: 12

Artikel: Wie weit darf Opposition bei uns gehen?
Autor: P.S.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1095312>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wie weit darf Opposition bei uns gehen?

Unter diesem Titel veröffentlichte Hans Tschäni im «Tagesanzeiger» vom 19. Februar dieses Jahres eine Besprechung von SOI-Sonderdruck 1 über «Ziele und Methoden der Neuen Linken». Als «interessanteste Dinge» in dieser Veröffentlichung bezeichnete er zwei Punkte, «einen Artikel» aus einer lettischen Zeitung sowie den Umstand, dass die Postfachnummer 2084 in Bern verschiedensten Gruppen und Grüppchen als Briefkasten dient. «Im übrigen», schrieb Tschäni, «gipfelt die Schrift in der Beteuerung, dass wir uns gegen die neomarxistische Lehre mit aller Kraft zur Wehr setzen müssen . . .»

«Kennt man!»

Immerhin äussert Tschäni Verständnis dafür, «dass sich bei uns jemand mit solchen Zusammenstellungen befasst. Die Provokationen extremer Gruppen provozieren eben Gegenreaktionen», fügt er achselzuckend bei. «Das Ost-Institut und den Sinn seines Daseins kennt man, es sieht den ‚Feind‘ in einer einzigen Richtung. Das ist die gleiche Betrachtungsweise, wie sie jene pflegen, welche das Ost-Institut unter seiner Lupe hält.»

Abgesehen davon, dass diese Einebnung von völlig Verschiedenem schon im Ansatz falsch ist, weil «das Ost-Institut» kein Feindbild von Glaubensinhalten kennt (wohl aber eine entschiedene Gegnerschaft zur gewaltsamen Verbreitung von Glaubensinhalten), wird hier eine Fehlleistung sichtbar. Unsere Betrachtung — und um mehr handelte es sich bei unserer Bestandesaufnahme über Ziele und Methoden der Neuen Linken nicht — wird dem Aufruf der extremistischen Neuen Linken zur Gewaltanwendung und zur «revolutionären» Tat gleichgestellt. Das läuft auf eine Verharmlosung extremistischer Tendenzen heraus und ist gleichzeitig auch eine Verteufelung des Ost-Instituts bestenfalls aus Unkenntnis. Hier nimmt Tschäni unserer Meinungsäusserung gegenüber genau jenes Verhalten ein, das er selbst im vorliegenden Artikel im Falle Pfürtner als unhaltbar geisselt: «Indem man des andern Meinung verteufelt und ihm die Rechtsgläubigkeit nicht zugestehen wolle, werde das echte demokratische Gespräch verhindert und der Extremismus provoziert.»

Tschäni stellt weiter fest: «Wir sind oft zu rasch bereit, die Meinungsäusserung unter dem Vorwand zu unterbinden, die Sicherheit des Staates oder der Armee erfordere das. Daraus entsteht eine schädliche Intoleranz.»

Das ist das, was ich als einen Verlust an Proportionen bezeichnen muss, den ich nun nicht Hans Tschäni, sondern den Protagonisten der extremistischen Neuen Linken in- und ausserhalb der Massenmedien ganz allgemein anlaste.

Vorab eine Feststellung, die von den erwähnten Kreisen geflissentlich weiter übersehen werden wird, weil sie ihr Feindbild vom Ost-Institut empfindlich stören müsste: Wir haben noch nie die politischen Endziele der Neuen Linken verteufelt (von denen viele gut und wichtig wären). Wir haben uns auch in jener Schrift mit den extremistischen Gruppen befasst, mit jenen,

die bereit sind, Gewalt gegen Andersdenkende anzuwenden, mit jenen also, die eben dadurch «schädlich intolerant» werden.

Die theoretischen Rechtfertiger der Gewaltanwendung: Keine Verantwortung

Dies gesagt, möchte ich auf das zurückkommen, was als Verharmlosung der Gewaltaufrufe zu bezeichnen ist. Wir alle stehen unter dem Eindruck der Genfer und Zürcher Asenalfunde bei Leuten, die die Gewalt auf ihr Banner geschrieben haben; Leute, die durchaus nicht dominant kriminell veranlagt sind, und die sich auf die Ideologie und die Lehre der Neuen Linken berufen.

Es ist denn auch kein Zufall, dass diesen Leuten — wie vielen anderen und namentlich der Baader-Meinhof-Gruppe — die geistigen Bindungen zum «Minihandbuch für Stadtguerillas» von Marighella und überhaupt zum breiten Fächer des modischen, antidemokratischen, intoleranten Schrifttums der erneut unheilvoll missionsfanatischen extremistischen Jugendlichen in der Bundesrepublik nicht nachgewiesen werden müssen, weil sie offensichtlich sind. Den westdeutschen Terroristen allein werden in den letzten fünf Jahren über 50 Sprengstoffanschläge und Mordversuche sowie mehrere Morde angelastet. Mehr muss darüber nicht gesagt werden.

Man kann sich hier die Frage stellen, ob jene, die die Idee der Gewaltanwendung theoretisch rechtfertigen, ohne selber zur Tat überzugehen, an den Taten verführter Jugendlicher eine Verantwortung tragen; schliesslich sei der Messerfabrikant an allfällig mit seinen Messern verübten Morden auch nicht schuldig.

Der Vergleich hinkt: das Messer wird als Essbesteck hergestellt und der Mensch zum vernünftigen Gebrauch — nicht Missbrauch — des Essbestecks erzogen. Die Theoretiker der Gewaltanwendung haben jedoch Verhaltensregeln für die Praxis formuliert.

Wer aber vor allem in den Massenmedien diese Verhaltensregeln als Theorie abtat und verharmloste, ohne sich durch die zahllosen Vorfälle der wenigen letzten Jahre eines besseren belehren zu lassen, der müsste sich eigentlich mit seiner Verantwortung doch etwas auseinandersetzen. Es ist Sabotage an der offenen Gesellschaft, wenn diese extremistischen Fanatiker nicht auf den entschlossensten Widerstand jener treffen, an die die Staatsbürger ihr Faustrecht zwecks Erhöhung der Toleranz delegiert haben: nämlich an den Staat als den Träger der öffentlichen Ordnung.

Was uns die Weimarer Republik vorgemacht hat

Damit wäre ich eingestuft als Anhänger von Recht und Ordnung. Und damit stehe ich bereits im Odium des reformfeindlichen, allenfalls faschistischen Traditionalisten, wie es sich aus dem undifferenzierten Feindbild der extremistischen Neulinken so leicht entnehmen lässt. Wie sich doch die Schlagworte gleichen! Mit dersel-

ben Methode, der sich die heutigen Extremisten bedienen, hat schon Hitler den Rechtsstaat umgekrempt. Und die Weimarer Demokratie scheiterte präzise an dem, was die heutige westliche Demokratie existenziell bedroht: der Verlust der Proportionen bei jenen, die die bessere und reformfähige Gesellschaft im Namen des besten utopischen Ideals zu Tode kritisieren. Schon kenne ich einige Wegbereiter der heutigen Neuordnung Europas, die den Ruf der exilierten Weimarer Intellektuellen wiederholen: «Das habe ich nicht gewollt!»

Wenn man die geschichtliche Lehre aus dem Untergang der Weimarer Republik so nahe hat, gibt es für leichtfertige Wiederholung keine so leichte Exkulpation vor der historischen Verantwortung.

Gegen Hitler war nach seiner Machtübernahme kein deutsches Kraut mehr gewachsen. Damals war es schon zu spät. Die Weimarer Demokratie scheiterte nicht am 30. Januar 1933, sondern in den fünf, zehn vorangegangenen Jahren, in jener Periode, da die Intellektuellen das Volk mit ihrer Vorstellung einer Superdemokratie verunsicherten, da sich das Volk verunsichern liess. Muss es jedesmal zum offensichtlichen und nicht mehr korrigierbaren Misserfolg kommen, muss jede zweite oder dritte Generation ähnliche Fehler wiederholen? Werden die Gewaltmechanismen, die der Nationalsozialismus für uns sichtbar freilegte, denn immer noch unterschätzt? Wird übersehen, dass das theoretische Akzeptieren von Gewalt zur praktischen Gewaltanwendung führen muss? Werden Bahnung und Habituation immer noch verkannt?

Man wendet ein, die Demokratie verträge Opposition vom Typ der extremistischen Neuen Linken. Weil Demokratie aus Position und Opposition bestehe. Weil sie, wenn sie nicht jede Opposition ertrage, keine Demokratie mehr sei.

Wenn unsere Reflexe nicht mehr arbeiten

Die Demokratie als die offenere Gesellschaft ist zugleich eine schwächere Ordnung. Je offener sie wird, desto schwächer wird die Ordnung. Würde es einen von Unzulänglichkeiten und Fehlern befreiten Menschen geben, so könnte die Gesellschaft maximal geöffnet werden und die staatliche Ordnung verschwände, weil sie in jedes Individuum zurückgenommen würde.

Das ist ein utopisches Fernziel, das uns indessen Richtschnur bleiben sollte. Da das Ziel aber unerreichbar bleibt, erhält der Weg dahin entscheidende Bedeutung. So muss wohl das Ziel in den Mitteln vorweggenommen werden. Wir müssen lernen, dass es die Mittel sind, die das Ziel bestimmen, und dass es nicht das Ziel ist, das die Mittel heiligt. Und wir müssen lernen, nach dieser Einsicht zu reagieren, und alle Bewegungen und Ideologien nicht nach ihrem Ziel, sondern nach dem eingeschlagenen Weg zu beurteilen.

Röpke (Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus) sagt:

«Mit derselben Sicherheit, mit der die Gesellschaft weiss, wovor man den Hut zu ziehen hat, muss sie wissen, wann man ihn entrüstet aufzusetzen hat, ohne ein weiteres Wort zu verlieren. Wenn sie das eine wie das andere nicht mehr sicher weiss, wenn in den letzten Dingen die Standpunkte beliebig werden, so ist es Zeit, ▶

Man stimmt die Instrumente zur grossen Orchestrierung

Verbrennt die Hexe SOI!

Vor einigen Jahren schon wiesen wir in Vorträgen darauf hin, dass die weitere politische Gewichtsverschiebung zugunsten der revolutionären und totalitären Kreise sehr wohl zu einer Lage führen könnte, in der die Tätigkeit des SOI von bestimmten Gruppen als Belastung für die Schweiz bezeichnet würde. Dazu brauchte es nicht viel Phantasie: die «Eingabe der 200» beispielsweise bezeichnete gerade die Widerstandskreise gegen den Nationalsozialismus als für die Schweiz untragbar.

Nun sind wir wieder einmal so weit. Unter dem Titel «Falsches Geschichtsbild» veröffentlichte die Zürcher «AZ» am 23. Mai einen Artikel, in dem gefordert wird: «Der überfällige Abschied von jener penetranten rechtsradikalen Ideologie, die sich im Zivilverteidigungsbuch, im Soldatenbuch, in den Sonntagsreden des Rudolf Gnägi und heimtückischer in den Aktivitäten von Institutionen wie Redressement national und Ost-Institut artikuliert, müssten auf dem Programm der politischen Entrümpelung stehen, damit der Entscheid für die Schaffung eines Zivildienstes eine glaubwürdige Basis erhält.»

Während man hier mit Zensur- und Verbotsmassnahmen kämpfen möchte, hat das SOI noch nie solche Schritte vorgeschlagen und auch das Verbot etwa der PdA immer abgelehnt. Wir überlassen es dem Leser, die Schlussfolgerungen zu ziehen.

In den Chor von «AZ»-Ring und «Focus» hat inzwischen auch das «Feuille d'Avis de Lausanne» und neuerdings die Basler «National-Zeitung» eingestimmt. Letztere bemüht nun auch das Establishment, wie unserer Wiedergabe des am 3. Juni erschienenen Artikels entnommen werden kann (Reproduktion dritte Spalte).

Zunächst: S. C. Kaspar hat sich beim «Feuille d'Avis de Lausanne» inspiriert — oder wurde er im Rahmen einer organisierten Kampagne auf das SOI angesetzt? Er telephonierte uns; wir verwiesen ihn auf unsere Antwort im «Feuille d'Avis» vom 26. Mai. Die konnte er nicht finden und nicht beschaffen. So beschränkt sind Re-

cherchen, deren Ergebnisse nicht ins gewünschte Feindbild passen. Ein blosser Alibi-Anruf? Wir rekapitulieren kurz:

Die periodischen Veröffentlichungen des SOI

1. **Informationsdienst.** Uebersicht über die Presse der Sowjetunion, sieben osteuropäische Staaten und China. Erscheint wöchentlich in sechs Abteilungen in einem Durchschnittsumfang von 80 Seiten pro Woche. Enthält Uebersetzungen und Zusammenfassungen wichtiger Artikel aus den angegebenen Ländern. Jedes Quartal werden für jede Abteilung Sachregister erstellt.

Interessenten: Regierungsstellen, Forschungsinstitutionen, wirtschaftspolitische Verbände. Erscheint seit 1958. Abonnementspreis: Fr. 1000.— im Jahr.

2. **Wirtschaftsdienst.** Wöchentliche Orientierung über die wirtschaftliche Entwicklung, besonders über die ausserwirtschaftlichen Anstrengungen der im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe zusammengefassten Länder. Der durchschnittliche Wochenumfang beträgt 12 Seiten. Studien über konkrete Fragen und Darstellungen besonderer Probleme erscheinen als Beihefte alle 2—4 Wochen.

Interessenten: Industrie, Handel und Banken. Erscheint seit 1959. Abonnementspreis: Fr. 500.— im Jahr.

3. **ZeitBild.** Zweiwochenzeitung mit Originalberichten über die politischen, sozialen, kulturellen, wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Vorgänge in kommunistisch beherrschten und beeinflussten Ländern; Kommentare zu aktuellen Entwicklungen der Weltpolitik; Ergänzung tagespolitischer Informationsquellen.

Interessenten: Alle Kreise, die die internationale Entwicklung verfolgen und eine breitere Information zur Meinungsbildung wünschen.

Erscheint seit 1960 (bis Ende 1968 als «Der klare Blick»). Abonnementspreis: Fr. 30.— im Jahr (für Studenten und Lehrlinge Fr. 20.—).

4. **Bulletin d'études politiques.** Französischsprachige Parallelausgabe zum ZeitBild, mit gleichem Interessentenkreis.

Erscheint seit Januar 1970, vorläufig zehnmal im Jahr. Abonnementspreis Fr. 12.— im Jahr (für Studenten und Lehrlinge Fr. 10.—).

5. **Freier Korrespondenz-Dienst.** Wöchentlicher Pressedienst für schweizerische Zeitungen mit Artikeln über Osteuropa und Spezialprobleme, die für die West-Ost-Auseinandersetzung von Bedeutung sind.

Interessenten: Redaktionen von Zeitungen und Zeitschriften. Erscheint seit 1948 mit Unterbruch 1951 bis 1957. Abonnementspreis je nach Auflage 70 bis 110 Franken pro Jahr.

6. **Service de presse I. S. E.** Französischsprachige Parallelausgabe mit gleichem Interessentenkreis. Erscheint seit 1970.

7. **Swiss Press Review and News Report.** Englischsprachiger wöchentlicher Pressedienst mit Artikeln über die Entwicklungshilfe der Schweiz und schweizerische Beurteilungen internationaler Ereignisse.

Interessenten: Redaktionen, Radiostationen, Bibliotheken in den Entwicklungsländern.

Erscheint seit 1960. Abonnementspreis: Für Bezüger in den Entwicklungsländern Fr. 15.— pro Jahr.

8. **Revista de la Prensa Suiza y Noticiario.** Paralleldienst in spanischer Sprache für den gleichen Interessentenkreis in Lateinamerika. Erscheint seit 1962.

9. **Revue de la Presse Suisse — Information — Commentaires.** Paralleldienst in französischer Sprache für den gleichen Interessentenkreis in Afrika und Asien.

Erscheint seit 1962.

Zu den Diensten für Entwicklungsländer:

Sie waren nie ausschliesslich gedacht als schweizerische Presseübersicht. Das geht allein schon aus den Titeln hervor, die ja auch auf den kommentierenden Teil hinweisen. Sodann haben wir wesentlich mehr Zitate und Abdrucke gebracht, als S. C. Kaspar aus seinen unzulänglichen Unterlagen errechnet. Die letzten 24 Ausgaben aller drei Dienste enthalten immerhin 32 Artikel und Zitate aus schweizerischen Zeitungen, darunter ein Artikel aus dem «Zeitdienst».

Sollte S. C. Kaspar der Meinung sein, dass man im Falle des SOI seinen Publikationen den Titel vorzuschreiben und behördlich zu bestimmen habe, wie der dem genehmten Titel entsprechende Inhalt auszusehen hätte? Wenn es zu einer solchen Willkür gegenüber unabhängigen Verlegern kommen sollte, dann hätten wir allerdings die behördliche Repression, wie man sie zu Unrecht hierzulande immer wieder beklagt und gleichzeitig denen anwünscht, die der geforderten Konformität nicht entsprechen.

Unabhängig davon: ein Mitarbeiter der «National-Zeitung» ist in einer heiklen Position, einen Zeitungskopf mit dem Inhalt zu vergleichen. Oder legt die «National-Zeitung» etwa Wert darauf, als «national» eingestuft zu werden?

Unsere Pressedienste war und bleibt das Ziel gesetzt, über die schweizerische Entwicklungshilfe zu berichten, schweizerische Beurteilungen internationaler Ereignisse bekanntzumachen und schliesslich sachliche Recherchen eigener Mitarbeiter zu veröffentlichen. Damit versuchen wir eine Neutralisierung der massiven sowjetischen Propaganda in der Dritten Welt, soweit es mit diesen bescheidenen Mitteln möglich ist. Selbstverständlich sind wir nicht blind prosowjetisch, wie es offenbar nach S. C. Kaspar

(Fortsetzung auf Seite 12)

SOI-Antikommunismus als Werbung in der Dritten Welt

Nabelschau statt Presseschau

Von Stefan C. Kaspar

Das Schweizerische Ostinstitut (SOI) — nach dessen Leiter Peter Sager eine Organisation zur «Beobachtung der sozialen, politischen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Entwicklung in den kommunistisch geführten Ländern» — verschiebt Artikel in die Dritte Welt. Die als «Revue de la Presse Suisse — Information et Commentaires» getitelten Brochüren, deren Umfang korrespondenztechnische und südamerikanische Staaten sind, haben in dem mit einem Querschnitt durch die Schweizer Presse weit bis nicht zu tun. Bis auf einige Ausnahmen sind alle von Institut-Mitarbeitern selbstverfasst, antikommunistische Artikel.

Offizielles Geburtsjahr des als Aklingsgesellschaft — «aber nicht gewinnbringend» — aufgezogenen Schweizerischen Ostinstituts ist das Jahr 1959. Finanzieller Hauptträger: die Publikation «ZeitBild» mit einer Auflage von über 13 000 Exemplaren. 24 Mitarbeiter recherchieren, übersetzen und schreiben Artikel, die dem Image der kommunistischen Staaten Abbruch leisten sollen — verbreitet werden deshalb fast ausschliesslich negative Aspekte des Ostblocksystems. SOI-Chef Sager verdeutlicht seine Schwarz-Weiss-Ideologie: Den Kritikern des Nationalsozialismus wirft man ja auch nicht vor, dass sie den Strassenbau Hilters nicht erwähnen.

Die «ZeitBild»-Leser sind vornehmlich Käser aus Industrie und Wirtschaft. Arbeiter beispielsweise hätten auch Mühe, den Abonnementspreis für die Gesamtpublikationen aufzulösen: er beträgt 1000 Franken im Jahr. Für das Bulletin «Wirtschaftsdienst» müsste man allein schon 500 Franken jährlich übrig haben.

Trotz den unbescheidenen finanziellen Ansprüchen an die Leser der SOI-Bücher steckt das Institut in einem Finanzengpass: Das Geschäft mit dem Antikommunismus scheint in der Schweiz schlecht zu florieren. Auch eine kürzlich durchgeführte Werbekampagne blieb praktisch ohne Wiederhall und belästete höchstens die ohnehin schon strapazierte Ausgabenseite des SOI-Budgets.

Im Februar wurde ein Prospekt an rund 2000 Juristen und 6000 Architekten und Ingenieure versandt. Resultat: «Eine nennenswerte Wirkung ist noch ausstehend».

9500 «ZeitBild»-Sondernummern mit einem Beitrag über die Schwangerschaftsuntersuchung in Osteuropa gelangten an ebenso viele Ärzte mit der Einladung zu einem Abonnement-Erfolg: ganze sieben Neubestellungen.

4000 Exemplare von «einem Sonderdruck über die «neue Linke» wurden an schweizerische Wirtschaftsführer verschickt und «ausserhalb von redaktioneller Verantwortung» von ihnen der Preis von 5 Franken, zu hoch oder sie interessieren sich nicht um die «neue Linke» vielleicht lindert das SOI. Mehr Erfolg scheint Peter Sager und seinen Leuten in den Ländern der Dritten Welt beschieden zu sein:

«Wir konnten im Jahr 1971 um die 1700 kontrollierte Abdrücke von uns verfasster Artikel in den Zeitungen dieser Länder registrieren — daraus ergab sich ein Durchschnitt von rund 600 Abdrücken zählen.»

Ziel der seit zehn Jahren vertriebenen «Revue de la Presse Suisse» ist dabei die Neutralisierung des sowjetischen Einflusses in den Entwicklungsländern. Um dieser Zielsetzung besser nachkommen zu können, hat man denn auf die im Titel versprochenen «Zitate» aus dem Schweizer Pressewald verzichtet. Sager: «Früher zitierten wir mehr — die selbstverfassten Artikel kommen jedoch besser an.» In der Tat erhält der ausländische Abonnent des sonderbaren «Presseinformationsdienstes» 25 Exemplare der letzten Monate (mit durchschnittlich 4—5 Artikeln) enthalten lediglich einige Auschnitte aus dem «Journal de Genève», «L'Unité», «NZZ» und «Gazette de Lausanne» gelangen je einmal zu «SOI-Zitaten».

Gegen diesen filtrierten Aufbau des schweizerischen Presse-Images in der Dritten Welt wenden sich die Betroffenen.

Der Präsident der schweizerischen Journalisten-Union (SJU), Hans-Ulrich Büchli: «Solche Missbräuche können wir nicht dulden. Wir werden der Sache nachgehen und die nötigen Schritte in die Wege leiten.» Auch André Rodari, Präsident des schweizerischen Pressevereins (SPV) möchte etwas unternehmen: «Vielleicht müssten sogar die Schweizer Verleger reagieren.» Schliesslich hat man auch im Eidgenössischen Politischen Departement (EPD) aufgehört: «Die Sache interessiert uns, bitte schicken Sie uns einige Exemplare zur Prüfung...»

Forderung nach Kontrolle, Zensur oder Verbot? Man will die SOI-Pressedienste an die Kandare nehmen.